

#### **4. Effizienzgewinn durch Verkleinerung des Kantonsrates**

Motion Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), Pierre Dalcher (SVP, Schlieren), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) vom 11. April 2022

KR-Nr. 119/2022

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Die Geschäftsleitung beantragt dem Kantonsrat, die Motion nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Was haben Sankt Gallen, Schaffhausen, Bern, Basel-Stadt, Freiburg, Waadt und Aargau gemeinsam? Sie haben nicht nur alle einen Fussballklub, nein, sie haben alle in den vergangenen Jahren ihre Parlamente verkleinert. Aktuell besteht unser Kantonsrat gemäss Artikel 50 der Verfassung aus 180 Mitgliedern. Wir sind somit das grösste Parlament der Schweiz. Ja, wir sind auch der grösste Kanton, können Sie sagen, aber die zunehmende Digitalisierung macht es auch einfacher möglich, einen grösseren Kreis von Stimmberechtigten zu vertreten. Die Zahl von 180 Mitgliedern ist seit Anfang des 20. Jahrhunderts festgeschrieben, doch seit dieser Zeit hat sich die Funktion des Parlamentes wesentlich verändert. Der Kantonsrat muss neben der üblichen Gesetzgebung mehr politische Detailregelungen treffen, wie zum Beispiel die Richtpläne, aber auch die Lärmindexe. Daneben kommt mit Public Governance der Oberaufsicht ein höherer Stellenwert zu, das haben wir jetzt gerade (*bei der Behandlung von KR-Nr.462/2022*) besprochen. Dieses Parlament steht also an der Schwelle zwischen Mikro- und Makromanagement. Ein kleiner Rat wird dieser Aufgabe, da sind wir überzeugt, eher gerecht. Er arbeitet agiler und zielgerichteter, weil er sich näher am Puls der Politik bewegen kann. Gerade die Pandemie zeigt, wie wichtig ein schnell handelndes Parlament für die Demokratie ist. Schliesslich sind wir auch nicht mehr mit Pferd und Wagen unterwegs, ganz im Gegenteil: Die Mobilität hat stark zugenommen und der Kanton ist damit zusammengerückt. Mit der zunehmenden Digitalisierung ist die räumliche Distanz nochmals kleiner geworden, und wir sind besser und einfacher vernetzt als vor über 100 Jahren. Es ist wesentlich einfacher für einen Bürger oder eine Bürgerin, ein Parlamentsmitglied zu kontaktieren und sein oder ihr Anliegen zu platzieren. Mit der Verkleinerung des Kantonsrates soll dieser weiter als Milizparlament organisiert werden können. Die Pluralität der Stimmberechtigten und die Parteivertretung wie auch die Vertretung sämtliche Regionen muss bundesgerichtskonform sichergestellt werden. Die Mindestgrösse der Fraktionen und die Grösse der Kommissionen sollen entsprechend angepasst werden. Erfahrungsgemäss kann die Arbeit in kleineren Kommissionen gut verteilt werden. Die Kommissionen arbeiten zielgerichteter, und durch den klaren Proporz ist auch die Sitzverteilung gewährleistet. Und im Gegensatz zu heute haben wir vielleicht weniger sogenannte Kommissionssitzungen im Rat, wenn eben mehr vertreten sind.

Durch die Verkleinerung des Rates vergrössert sich automatisch die Möglichkeit jedes einzelnen Ratsmitglieds, eine wesentliche fachliche Rolle im Rat auszuüben. Zwar wird die Arbeit durch die Verkleinerung nicht kleiner, aber sie wird eben übersichtlicher und wirkungsvoller wahrgenommen werden. Das Frustrationspotenzial im Amt ist kleiner und der Wechsel im Rat während der Legislatur dürfte abnehmen. Der Kantonsrat wird fassbarer und gewinnt an politischem Gewicht gegenüber dem Regierungsrat. Heute vertritt ein Mitglied des Kantonsrates circa 5000, ein Mitglied des Nationalrates circa 27'000 Stimmberechtigte. Und wenn wir jetzt über die Schweiz hinausschauen, dann ist zum Beispiel in Österreich die Vertretungszahl, je nach Bundesland, zwischen 6500 und 20'000 pro Mitglied. Würde man die Vertretungszahl im Kanton Zürich auf 10'000 Stimmberechtigte pro Ratsmitglied verdoppeln, hätten wir eine vergleichbare Vertretungszahl wie das Bundesland Wien. Dann hätten wir also noch 100 Mitglieder. Das wollen wir nicht, wir wollen eine massvolle Verkleinerung auf 150 zum Beispiel. Die Vertretung der Stimmbevölkerung ist also durchaus machbar. Wenn das Parlament um 30 Mitglieder verkleinert wird, steigt der Arbeitsaufwand nur unwesentlich, da es auch weniger Vorstösse gibt und die Regierung ja von sich aus nicht mehr Vorlagen bringt als jetzt. Und ich habe es gesagt, um die Jahrtausendwende haben sehr viele Kantone ihre Parlamente verkleinert und das wurde überall vom Volk gutgeheissen. Auch verschiedene Stadtparlamente wurden verkleinert. Im Kanton Graubünden war es übrigens gar die SP, die das initiierte und eine Verkleinerung wollte. Wir sind überzeugt, dass auch eine Mehrheit in der Bevölkerung einer pragmatischen Verkleinerung zustimmen würde.

Wir sind bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Gerade die Erfahrungen aus anderen Kantonen, welche ihre Parlamente verkleinert haben, wären spannend zu erfahren. Wenn Sie die Motion abweisen, stimmen Sie mindestens der Überweisung als Postulat zu. Damit vergeben Sie sich nichts, ganz im Gegenteil: Sie schaffen damit eine Entscheidungsgrundlage für eine fundierte Meinungsbildung. Die SVP wird der Motion als Motion und als Postulat zustimmen. Herzlichen Dank.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* War das jetzt ein Antrag oder wie muss ich das verstehen? Wir haben hier eine Motion und kein Postulat. Wir können nicht «entweder – oder» abstimmen, Herr Hübscher.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Wir haben in der Geschäftsleitung einen Minderheitsantrag gestellt. Den Minderheitsantrag, so hoffe ich und gehe davon aus, werden Sie traktandieren.

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Okay. Schauen wir mal.

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden):* Die SVP scheint sich nicht entscheiden zu können. In der vorliegenden Motion fordert sie, den Kantonsrat zu verkleinern. Ich zitiere noch einmal aus der Begründung: «Durch die Verkleinerung des Rats

vergrössert sich auch die Möglichkeit jedes einzelnen Ratsmitglieds, eine wesentliche fachliche Rolle im Rat auszuüben. Zwar wird die Arbeit durch die Verkleinerung im Rat nicht kleiner, aber sie kann übersichtlicher und wirkungsvoller wahrgenommen werden.» Behalten Sie das bitte im Hinterkopf und reisen Sie mit mir zurück zum Einreiche-Datum des Vorstosses im April 2022, da wurde dieser Vorstoss eingereicht. Wenn wir dann ein paar Wochen vorspulen in den Mai 2022, dann sehen wir, dass die SVP mit anderen bürgerlichen Parteien einen Vorstoss (*KR-Nr. 182/2022*) eingereicht hat, der die Sitzungstage des Rates halbieren möchte, damit die Vereinbarkeit von Beruf, Politik und Familie besser gewährleistet werden könne. Ja, was denn nun? Kantonsrat verkleinern oder Sitzungstage halbieren? Kurios, liebe SVP, was ihr euch unter Stärkung des Milizsystems so vorstellt.

Die SVP stellt ja selbst fest, dass der Kantonsrat neben der üblichen Gesetzgebung mehr politische Detailregelungen wie Richtpläne und Lärmindexe bewirtschaften müsse. Auch die Oberaufsicht habe einen höheren Stellenwert. Die vorliegende Motion kommt aber zum falschen Schluss. Um diese Aufgaben gewissenhaft und mit den nötigen Ressourcen auszuüben, ist es sicherlich nicht sinnvoll, die Sitzungstage zu halbieren oder eben das Milizparlament zu verkleinern. Und zum Schluss muss ich schon auch anmerken, dass es in einer gut funktionierenden und gut organisierten Fraktion schon so sein sollte, dass jedes Ratsmitglied sich mit seinen Stärken einbringen kann. Wir lehnen Motion und auch allfälliges Postulat ab.

*Dieter Kläy (FDP, Winterthur):* Vorliegende Motion fordert eine Verkleinerung des Kantonsrates. Begründet wird die Motion unter anderem damit, dass das Frustpotenzial kleiner würde, dass einzelne Ratsmitglieder mehr Möglichkeiten erhalten und die Mutationen abnehmen würden und dass heute ein Ratsmitglied bereits 5000 Stimmberechtigte vertreten würde. Zu dieser Begründung ist zu sagen, dass wir nicht 5000 Stimmberechtigte vertreten, wir vertreten die ganze Bevölkerung: Also das sind dann fast 10'000 Personen. Wenn wir heute im Kanton rund 1,6 oder 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben, vertreten wir heute schon viele mehr, also auch jene, die nicht stimmberechtigt sind, oder jene, die noch nicht stimmberechtigt sind. Aber auch die anderen Gründe sind für eine Motion nicht stichhaltig. Wir, vor allem die SVP, wir predigen ja laufend das Milizprinzip und halten es hoch. Reduzieren wir die Anzahl Ratsmitglieder, fällt naturgemäss mehr Arbeit pro Ratsmitglied an, insbesondere, was die Last bezüglich der Vorlagen des Regierungsrates betrifft. Es geht nicht um die einzelnen Anfragen oder die Postulatsberichte, sondern es geht um die komplexen und lange dauernden, lange sich in Beratung befindlichen Vorlagen des Regierungsrates, die die grosse Arbeit machen – das Wassergesetz, das Energiegesetz, anspruchsvolle Richtplan-Anpassungen –, und nicht um die einzelnen Vorstösse, die man liest, wenn man sich dafür interessiert, oder manchmal liest man nicht alle Anfragen und alle Antworten. Natürlich bedeuten mehr Ratsmitglieder mehr Vorstösse, Anfragen und Postulate, diesen Schluss teilen wir. Doch die Konsequenz auf die Arbeit teilen wir eben nicht, weil die wahre Arbeit und die wahren Zeitfresser nicht

die Vorstösse sind, sondern die komplexen Gesetzesvorlagen. Aus diesen Gründen sehen wir mit der Motion keinen Effizienzgewinn, die Verkleinerung des Kantonsrates könnte sogar das Gegenteil zur Folge haben. Die verbleibenden 150 oder 120 oder wie auch immer würden auf die Dauer stärker belastet, und das würde vor allem auch für die Arbeit in den Kommissionen gelten.

Die FDP lehnt deshalb die Motion ab. Gegen die Überweisung des Vorstosses als Postulat und gegen einen Bericht, der sich vertieft mit der Thematik auseinandersetzt, haben wir aber nichts. Also ein Postulat würden wir unterstützen, aber diese Motion nicht. Danke für die Aufmerksamkeit.

*Benno Scherrer (GLP, Uster):* Der Kantonsrat Zürich ist das grösste kantonale Parlament in der Schweiz. Wir sind zuständig für Gesetzgebung und vor allem auch für Oberaufsicht, die Diskussion vorher hat das auch gezeigt. Wie viele Mitglieder ein Parlament hat, ist relativ zufällig, ist historisch gewachsen und könnte mit guter Begründung durchaus infrage gestellt werden. Diese sogenannte Vertretungszahl, die jetzt ein paarmal gebraucht wurde, scheint mir aber doch ziemlich irrelevant. Entscheidend ist doch die Frage: Kann ein Parlament seine Aufgaben wahrnehmen? Bei einer Verkleinerung ist zu befürchten, dass für die einzelnen Ratsmitglieder mehr Arbeit bliebe. Ob das miliztauglich ist, wage ich zu bezweifeln. Was wir sicher auch nicht brauchen, ist ein Riesenparlament à la Chinesischem Volkskongress. Interessant ist auch, dass bei der Reform des Kantonsratsgesetzes vor wenigen Jahren diese Frage kein Thema war. Jetzt kommt sie im Zusammenhang mit dem Rathaus-Umbau auf dem Tisch und ist wenig durchdacht. Nochmals: Die Grösse des Rathauses kann nicht eine Begründung sein für eine solche Diskussion.

Eine Verkleinerung des Rates müsste mit einer Vergrösserung der Fraktionen und einer Anpassung der Wahlkreise kombiniert werden, und es wäre durchaus denkbar, dass weniger Kantonsräte ein stärkeres, schlagkräftigeres Parlament bilden könnten mit kleineren, schlagkräftigeren Kommissionen. Aber eben, wir haben keinen dringenden Handlungsbedarf für eine umfassende Revision.

Eine Motion hätte die GLP einstimmig abgelehnt. Ein Postulat wird grossmehrheitlich auch abgelehnt, aber von Einzelnen unterstützt. Mit einem Postulat würde eine umfassende Auslegeordnung gemacht, würden umfassende Studien erstellt, aber keine konkreten neuen Bestimmungen verlangt. Es wurde lange diskutiert, eine Revision erscheint mir aber dennoch aussichtslos, es gibt zu wenig Handlungsdruck. Und denken Sie daran, in wenigen Wochen sind Kantonsratswahlen. Ganz viele Kandidierende bewerben sich für einen Sitz hier in diesem Rat. Trotz hoher Fluktuation würde eine Verkleinerung zu einem Abwahlmassaker führen und es kleinen Gruppen erschweren, hier in diesem Rat vertreten zu sein. Und ich glaube, diese Repräsentanz, die ist wichtig. Wir lehnen die Motion ab. Eine Überweisung des Postulates wird von einigen Fraktionsmitgliedern unterstützt. Danke.

*Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti):* Die Mitte wird die Überweisung des Vorstosses als Postulat unterstützen. Sie werden sich vielleicht wundern, warum wir uns als eher kleine Partei dafür aussprechen, das Anliegen zu prüfen. Es ist so, dass der

Arbeitsaufwand für kleinere Parteien grösser ist, und deshalb wird auch argumentiert, dass eine Verkleinerung des Kantonsrates zu noch mehr Arbeit für den einzelnen Parlamentarier oder die einzelne Parlamentarierin führen würde. Das muss aber nicht unbedingt stimmen. Wenn wir sehen, wie viele unnötige Anfragen und Vorstösse eingereicht werden, dann stellt sich schon die Frage, ob ein kleineres Parlament nicht effizienter arbeiten könnte. Wir konnten zum Beispiel die Feststellung machen, dass mehr Sitzungen zu mehr Vorstössen führen. Wenn also nicht mehr 180 um Aufmerksamkeit buhlen müssten mit möglichst vielen kreativen Vorstössen oder sich teilweise auch wiederholenden Vorstössen, so könnte das vielleicht zu einer Konzentration auf das Wesentliche führen, nämlich auf die Gesetzesberatung und eben nicht auf die Beschäftigung mit uns selber. Dies würde oder könnte zu einer Qualitätssteigerung des Parlaments führen. Mit einem Postulat würden wir gerne die Vor- und Nachteile aufgezeigt bekommen. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Zahl auf 180 festgeschrieben. Für die Mitte ist es an der Zeit, wieder einmal darüber nachzudenken, ob das wirklich noch zeitgemäss ist. Wir unterstützen das Postulat.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Es ist zu begrüßen, dass sich auch eine Partei wie die SVP Gedanken macht, wie die Parlamentsarbeit attraktiver und effizienter gestaltet werden kann. Die Ergebnisse dieser Analyse sind durchaus bemerkenswert. Die Kommissionsarbeit soll attraktiver werden. Die einzelnen Kantonsräte sollen sich stärker in Szene setzen können und mehr Verantwortung übernehmen. Die parlamentarische Oberaufsicht soll einen höheren oder einen noch höheren Stellenwert erhalten und das Parlament soll sich weniger um Details und mehr um die wirklich wichtigen Entscheidungen kümmern. Und ganz wichtig, die Ratsdebatten sollen nicht mehr zu Kommissionssitzungen mit unzähligen und chancenlosen Minderheitsanträgen ausarten. Nochmals, es ist lobenswert, dass die SVP sich Gedanken über all diese Missstände macht. Nur zieht die SVP danach die komplett falschen Schlüsse. Die Ursachen für diese Missstände liegen nicht in der Anzahl Mitglieder dieses Parlaments, das hat ganz andere Gründe.

Auch die EVP befasst sich des Öfters und intensiv mit genau den genannten Missständen. Wir fragen uns dabei aber stets, welchen Anteil wir selber an einer solchen Situation haben, und ich kann der SVP nur raten: Tun Sie das auch einmal. Ich kann Ihnen versichern, liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP, das Ergebnis wird Sie überraschen. Gerade in Ihren Reihen gibt es Exponenten, die sich stets zu allen Geschäften auch noch melden müssen, um ihre Meinung kundzutun, wir haben es heute Morgen wieder erlebt. Aus Ihren Reihen kamen in den vergangenen vier Jahren die meisten Anträge auf Ablehnung, wenn der Regierungsrat bereit war, einen Vorstoss entgegenzunehmen. Und wenn man schaut, welche Partei am meisten Anfragen produziert hat, landet man auch hier bei gewählten Vertretern Ihrer Partei. Vielleicht wäre es also durchaus einmal angebracht, zuerst vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor man dem ganzen Kantonsrat vorwirft, er sei ineffizient. Sie meinen, wenn der Rat kleiner würde, wäre die Arbeit für die einzelnen Ratsmitglieder attraktiver und spannender. Vielleicht haben Sie ja sogar

recht damit, aber dafür sind wir gar nicht gewählt, um es hier attraktiv und spannend zu haben. Wir sind gewählt, um die Interessen der Bevölkerung des Kantons Zürich zu vertreten. Das ist das, was die Leute von uns erwarten dürfen. Wir sollten uns um die aktuellen und um die Herausforderungen der kommenden Generationen kümmern, deshalb sind wir hier, und wir sollten das in einer Form tun, in der sich der grösstmögliche Teil der Bevölkerung auch vertreten fühlt durch dieses Parlament. Das wird heute mit dem fein austarierten System sichergestellt und dieses sollten wir nicht ohne zwingenden Grund ändern. Deshalb, die EVP lehnt diese Motion ab. Sie ist undemokratisch, sie ist nicht praktikabel und sie würde eine ganze Kaskade von neuen Regelungen auslösen, die wir heute in den Konsequenzen noch gar nicht abschätzen könnten. Müsste das 5-Prozent-Quorum für den Sprung in den Kantonsrat dann konsequenterweise gesenkt werden? Müsste das Quorum für die Fraktionsgrösse verringert werden? Wie stark wäre der breite Wählerwille aus der Bevölkerung in diesem Rat noch abgebildet? Und zur Mitte kann ich nur sagen: Nur die dümmsten Kälber suchen sich die Metzger selber. Zum Schluss noch ein Angebot an die drei Motionäre: Die Fraktion der SVP ist genau fünfeinhalbmal grösser als die der EVP. Dennoch leisten wir als EVP-Fraktion einen mindestens so konstruktiven Beitrag zu den Ergebnissen in diesem Rat. Ich kann Ihnen also versichern, das geht nur mit viel Disziplin, Leistungsbereitschaft und Effizienz. Wenn Sie also lernen wollen, wie man wirklich effizient und wirksam arbeitet, helfen wir Ihnen sehr gerne dabei.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Ich habe eigentlich gedacht, es gäbe gar keine grosse Diskussion über diesen Vorstoss, denn er ist eigentlich ein Hüftschuss, ein unvorbereiteter Hüftschuss. Wenn man das Protokoll der Ratsdebatte vom 11. April 2021 liest – es ging um den Ausbau und die Sanierung des Rathauses –, dann heisst es dort in einem SVP-Votum: «Die SVP schlägt noch eine weitere Möglichkeit vor, damit noch bessere Platzverhältnisse in unserem Rathaus ermöglicht werden. Mit einem Vorstoss soll die Mitgliederzahl des Kantonsrats von 180 auf zum Beispiel 120 Mitglieder gesenkt werden. Diesen Vorstoss werden wir heute einreichen, das ergäbe neue Sitzeinteilungsmöglichkeiten im Rathaus.» Es ist also gar kein demokratischer oder institutioneller Vorstoss, der hier eingereicht worden ist, denn eigentlich ist es nur eine Architekturmassnahme, die hier verlangt wird. Und insofern glaube ich, dass er auch gar nicht eine vertiefte Diskussion verdient hat. Aber die ist jetzt ja passiert und darum will ich auch noch zwei, drei Worte dazu sagen:

Sie sagen ja zum Beispiel, geschätzte Kollegen von der SVP, durch die Verkleinerung werde die Arbeit im Rat nicht kleiner, aber sie könne übersichtlicher und wirkungsvoller wahrgenommen werden. Was heisst das? Ich bin von Ihnen eigentlich immer markige und klare Worte gewohnt. Was heisst, dass eine Arbeit übersichtlich wahrgenommen wird? Muss man da den Überblick über die einzelnen Parlamentarier haben? Das verstehe ich nicht. Interessant auch, dass Sie, die immer so national fixiert sind, plötzlich in andere Bundesländer in anderen Ländern schauen, zum Beispiel nach Österreich oder nach Deutschland. Ich muss Ihnen einfach sagen: Das sind professionelle Parlamente. Jetzt vergleichen Sie

unser Milizparlament mit professionellen Parlamenten im Ausland, das geht doch nicht zusammen. Aber Sie greifen damit einen wichtigen Punkt auf, nämlich die Verkleinerung des Parlaments mit so vielen Aufgaben, wie wir sie hier im Kanton Zürich haben. Und wir sind der Kanton, der am meisten Politikbereiche in seinem Parlament zu behandeln hat. Das hat mit unserer Grösse, hat aber auch mit der Stärke unserer Wirtschaft und mit unserem Bevölkerungsreichtum zu tun. Wenn Sie jetzt dieses Parlament hier verkleinern wollen, führen Sie unweigerlich eine Professionalisierung herbei, und gerade der hochgelobte Milizgedanke wird damit in Mitleidenschaft gezogen. Auch meine Kollegin Michèle Dünki hat es erwähnt, im Widerspruch zu diesem Vorstoss steht dann der andere Vorstoss von Ihnen, dass Sie eigentlich nur noch alle zwei Wochen tagen wollen, weil das eben zu viel sei, weil man nicht so viel Arbeit leisten will. Und gleichzeitig versuchen Sie jetzt mit einer Verkleinerung des Parlaments eigentlich Mehrarbeit für jede einzelne Parlamentarierin und jeden Parlamentarier herbeizuführen. Also das geht für mich alles irgendwie nicht auf und es ist zu wenig durchdacht. Es ist auch zu wenig durchdacht, was dann mit den Wahlkreisen passiert, wie wir die Fraktionsarbeit neu organisieren, wie wir die Kommissionen neu organisieren, und dies alles eigentlich, weil Sie ein architektonisches Problem nicht lösen können. Also ich denke, wir sollten das einfach ablehnen. Und wenn dann ein genügend starker politischer Wille entsteht, der aber auch fundiert ist, dann sollten wir diese Frage wieder aufgreifen. Aber diesen politischen Willen sehe ich momentan nicht.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Selbstverständlich könnten wir auch mit 150 Mitgliedern hier drin funktionieren, wir würden auch mit 120 funktionieren. Aber ich bezweifle sehr, dass wir dann besser und effizienter funktionieren würden als mit 180. Wir sind ja immer der Querschnitt durch die Bevölkerung, der gewählt wird, und wir haben alles hier drin. Wir haben Leute, die auf das Honorar angewiesen sind, die von diesen Entschädigungen, Behördenentschädigungen leben. In der Regel hat man immer Leute, die ein grosses Palmarès an Betreibungen und Zahlungsbefehlen haben, das hat man immer alles in einem Kantonsrat oder früher im Gemeinderat der Stadt Zürich, und das querbeet über alle Fraktionen verteilt. Wir haben immer sehr, sehr viele Leute hier drin. Und dann haben wir Leute – das haben wir in der vorherigen Debatte (*über KR-Nr. 462/2022*) gehört, da hat jemand erzählt, man hätte seitens der Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) die KJS (*Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*) informieren müssen. Die betreffende Person (*gemeint ist Nina Fehr Düsel*) sitzt seit acht Jahren hier drin und hat immer noch nicht begriffen, was der Unterschied zwischen einer Sach- und einer Aufsichtskommission ist. Und dann haben wir Leute, die nach zwei oder drei Jahren merken, dass sie hier völlig fehl am Platz sind. Aber das haben Sie mit 180, mit 150 und das haben Sie mit 120 Leuten. Was möchte ich damit sagen? Wir sind ein Milizparlament und wir sind stolz darauf. Aber je weniger wir sind, desto mehr Arbeit gibt es für gewisse Leute hier drin, noch mehr Arbeit. Wir sind jetzt schon ziemlich am Rand der Belastung und ich glaube nicht, dass es besser wird mit weniger Mitgliedern, sondern es gibt sogar mehr Belastung. Und das mit den Vorstössen, das ist einfach konjunkturell bedingt. Plötzlich

nimmt das wieder ab und dann haben wir wieder gewisse Leute, die hunderte von Vorstössen machen, und dann beruhigt sich das wieder. Das sind immer so zyklische Wellenbewegungen. Aber deswegen sollte man nicht etwas Bewährtes über den Haufen werfen. Auch hier gilt «never change a winning Team» und ich glaube trotz allem, der Kantonsrat mit diesen 180 Leuten ist ein «winning Team», und deshalb lehnen wir die Motion und die Umwandlung in ein Postulat ab.

*Pierre Dalcher (SVP, Schlieren):* Vielen Dank für die vielen Bemerkungen an uns, die SVP, gerne werden wir sie überprüfen. Tatsache ist aber, nehmen wir den Begriff Wahlkreisreform: In der Begründung der GL wird darauf hingewiesen, dass dieses Thema in den letzten 20 Jahren ausgiebig beraten und bereinigt wurde. Dies wurde am 16. Juni 2022 in den GL so begründet und auch schriftlich niedergelegt. Auch Benno Scherrer hat dies in seiner Rede nochmals explizit erwähnt. Ich erinnere: Am 14. März 2022 wurde die Behördeninitiative 376/2021 für eine zeitgemässe dezentrale Organisation des Kantons Zürich mit 75 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Fazit: Wir sind bereits in einer Reform der Organisation des Kantons Zürich. Unser Vorstoss begleitet also die erwähnte Behördeninitiative. Mindestens ein Postulat eröffnet einen neuen Blickwinkel in diesem Thema. Unterstützen Sie mindestens das Postulat. Danke.

*Claudio Schmid (SVP, Bülach):* Der Grund, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe, ist das Votum von Markus Schaaf. Markus Schaaf, ich verstehe das natürlich, als Berufspolitiker und jede Woche mit der Kantonspolizei auf der Piste bangst du um dein Mandat, das ist nachvollziehbar. Aber ich will von dir wissen, was du als undemokratisch betrachtetest. Das ist einfach nicht wahr, undemokratisch ist ein solcher Vorstoss nicht. Was ist undemokratisch an einer Verkleinerung dieses Parlaments? Es ist nicht mein Vorstoss, ich sähe dieses Parlament wieder ganz anders. Aber nur schon jede Legislatur können wir über Reformen hier in diesem Kanton beraten. Die linke und Mitte-Seite will beispielsweise Bezirke auflösen, Gemeinden, sieht den Kanton wiederum ganz anders. Wir denken, solche Diskussionen tun auch diesem Parlament gut. Wir sollten uns aber nicht darüber äussern, was demokratisch oder undemokratisch ist. Denn letztlich wäre das eine Verfassungsänderung und dann kann der Stimmbürger darüber entscheiden. Besten Dank.

*Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg):* Es ist vielleicht ein bisschen unser Fehler, Michèle Dünki und Thomas Furrer, dass wir den Vorstoss von Tobias Weidmann zur Halbierung der Sitzungstage und unseren Vorstoss jetzt nicht zusammen eingereicht haben. Denn wenn Sie beiden zustimmen, dann ist die parlamentarische Arbeit wieder miliztauglich. Ich bringe gerne das Beispiel aus der KPB (*Kommission für Planung und Bau*) der letzten vier Jahre. Wir haben eine bürgerliche Mehrheit in der KPB-Kommission, aber hier im Rat obsiegt eigentlich immer die linksgrüne Mehrheit. Und es ist einfach so, dass darunter auch die Beratung in der KPB leidet, eigentlich zuungunsten der linksgrünen Mehrheit, und bei einem kleineren Parlament wäre dies nicht mehr der Fall. Und ja, Markus Schaaf,

du hast vielleicht recht, die SVP ist ein gutes Beispiel, dass eben mehr Vertreter auch mehr Vorstösse bedeutet. Denn jeder will sich verwirklichen, will hier drin Verantwortung übernehmen. Das ist ja auch menschlich und soll auch so sein.

Und zu Benno Scherrer: Ja, wir sind im Wahlkampf, jeder will wiedergewählt werden. Aber ich glaube, es geht nicht darum, dass man einfach gewählt wird und danach hier sitzt, sondern man will etwas bewirken, man will Verantwortung übernehmen. Und ein kleineres Parlament würde dazu führen, dass jeder mehr Verantwortung übernehmen kann. Und ich bin überzeugt, dann würde die Beratungsqualität sich steigern. Unterstützen Sie bitte unser Postulat.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte nochmals betonen, dass wir bereit sind, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, und wir den Antrag stellen, dass wir da nachher über die Überweisung dieses Postulates abstimmen.

Und doch noch ein paar Repliken, also an Herrn Schaaf: Ja, hoffentlich machen wir am meisten Anfragen, wir sind auch die grösste Partei, sonst wäre ich mit meinen Mitgliedern nicht zufrieden, wenn nicht am meisten Vorstösse von der SVP kämen. Wir sind die grösste Partei und haben hoffentlich am meisten Anträge. Und nehmen wir uns doch einfach nicht so wichtig. Wenn Sie Angst haben vor der Abwahl: Das ist einmalig, das kann ich Ihnen sagen, das Parlament wird nur einmal verkleinert. Nehmen wir uns nicht allzu wichtig. Es geht nicht um eine Halbierung, es geht um die zufällige Zahl von 180, ob das jetzt noch richtig ist oder nicht.

Und Thomas Forrer, es ist nicht eine PI, die wir da überweisen. Es ist ein Postulat oder eine Motion. Genau Ihre Überlegungen sind es, die wir machen müssen, wenn wir eine Motion überweisen. Ich habe es gesagt, es gibt ein Bundesverfassungsrecht, damit alle Fraktionen, alle Regionen gut vertreten sind. Das muss weiterhin sichergestellt werden. Und genau diese Frage kann beantwortet werden, wenn Sie diesem Postulat zustimmen. Dann kennen wir eben nachher die Entscheidungsgrundlage. Bei einer PI müsste das ausformuliert sein. Es ist keine PI. Sie haben gesagt, das sei nicht ausformuliert.

Und dann möchte ich noch etwas zu Herrn Forrer sagen: Ich erachte uns durchaus als professionell. Wir sind zwar ein Milizparlament, aber trotzdem sind wir, zumindest wir von der SVP-Seite, professionell. «Professionell» hat nichts mit Milizparlament zu tun, verwechseln Sie das nicht. Das Gegenteil von «professionell» ist «unprofessionell». Ich finde, wir machen unsere Arbeit nicht unprofessionell, Herr Forrer. Das kann man durchaus kombinieren, auch mit 150 Ratsmitgliedern. Und zu Herrn Bischoff: Sie haben natürlich recht, Herr Bischoff, Sie haben gesagt, es seien sehr, sehr, sehr viele Leute hier drin, da bin ich absolut einig mit Ihnen. Und ich bin überzeugt, da haben Sie keine Angst, auch als kleinere Partei. Das gilt auch für Herrn Schaaf: Wir sind nicht für die Abschaffung des Proporz. Es geht nicht um die Einführung einer Majorzwahl. Es bleibt weiterhin der Proporz. Wir müssen keine Angst haben, dass kleinere Parteien unter die Räder kommen. Der Proporz gilt weiterhin. Und ich kann Ihnen sagen, die SVP verliert ja

am meisten Mandate, wir sind die grösste Partei. Deshalb stimmen Sie der Überweisung des Postulates zu. Schaffen wir eine Entscheidungsgrundlage. Danke, wenn Sie dem Postulat zustimmen.

*Sylvie Matter (SP, Zürich), Referentin der Geschäftsleitung (GL):* Wir haben die meisten Argumente, die auch in der Debatte in der Geschäftsleitung genannt wurden, soeben gehört. Ich versuche zusammenzufassen und zu begründen, warum eine Mehrheit der Geschäftsleitung diesen Vorstoss ablehnt.

Die Postulanten verlangen, den Kantonsrat auf maximal 150 Personen zu verkleinern und dabei die angemessene Vertretung der verschiedenen Regionen und politischen Haltungen im Kanton weiter zu berücksichtigen. Sie argumentieren damit, dass sich die Funktion des Parlaments gewandelt habe und ein kleiner Rat diesen Aufgaben eher gerecht werden könne. Die Digitalisierung ermögliche es, einen grösseren Kreis von Stimmberechtigten zu vertreten. Bei anderen Parlamenten sei die Vertretungsquote deutlich höher, etwa beim Bundesland Wien, wo ein Parlamentsmitglied circa 11'500 Stimmberechtigte vertrete. Zudem sei jetzt der richtige Zeitpunkt für die Motion, weil der Umbau des Rathauses anstehe, das mit seinem beschränkten Platzangebot für ein kleineres Parlament besser gestaltet werden könne.

Dieses Argument ist denn auch einer der Kritikpunkte der Mehrheit der Geschäftsleitung. Die Motionäre wollen das Pferd von hinten aufzäumen, denn nicht das Parlament soll dem Gebäude angepasst werden, sondern das Gebäude dem Parlament. Eine solche weitreichende Anpassung vorzunehmen, ein funktionierendes System zu ändern, nur um in ein Gebäude zurückziehen zu können, ist verfehlt. Weitreichend ist diese Änderung, weil eine Anpassung der Grösse des Parlaments diverse Gesetzesänderungen nach sich ziehen würde, sozusagen eine Büchse der Pandora öffnet. So müssten beispielsweise die Wahlhürde und die Regelungen zu den Fraktionsgrössen angepasst werden, Themen, die in den letzten 20 Jahren intensiv und ausgiebig beraten und bereinigt wurden, was dazu führt, dass die heutige Mandatszuteilung und Zusammensetzung des Kantonsrates als ausgewogen und gerecht bezeichnet werden kann.

Zudem wäre eine Wahlkreisreform notwendig, denn wir haben heute einige Wahlkreise, wie die Kreise 4 und 5 der Stadt Zürich oder der Wahlkreis Andelfingen, die sehr klein sind und die bei einer Verkleinerung des Parlaments nur noch einen oder zwei Sitze hätten. Eine ausgewogene Vertretung in solchen Miniwahlkreisen ist nicht möglich. Doch muss es, so die Ansicht der Geschäftsleitung, unser demokratisches Interesse sein, dass die unterschiedlichen politischen Meinungen aller Regionen adäquat vertreten werden.

Auch muss die demografische Entwicklung berücksichtigt werden. Der Kanton Zürich verzeichnet seit Jahren ein markantes Bevölkerungswachstum, und an dieser Entwicklung wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, ganz im Gegensatz zu den Kantonen, die ihre Parlamente verkleinert haben. Auch das spricht für eine Mehrheit der Geschäftsleitung klar gegen eine Verkleinerung des Kantonsparlaments.

Zudem zeigt sich, dass ein Vergleich zwischen Parlamenten schwierig ist. Nur die Anzahl der Personen zu betrachten, die vertreten wird, ist nicht angemessen. So müssen auch die verschiedenen Staatsebenen in Betracht gezogen werden sowie die unterschiedlichen Aufgaben, welche die Parlamente übernehmen. Denn die Arbeit wird – das schreiben ja auch die Motionäre – nicht weniger mit einer Verkleinerung des Rates, sie wird nur auf weniger Köpfe verteilt. Das würde insbesondere die kleinen Fraktionen noch stärker belasten und die Milizfähigkeit des Kantonsrates infrage stellen, was auch ein Blick nach Wien zeigt, das von den Motionären als Vergleich herangezogen wurde. Ein Nachfragen bei den Kolleginnen und Kollegen ergab, dass die Entschädigung der Landtage in Österreich ausreicht, damit das Amt als Beruf ausgeübt werden kann. Eine Berufstätigkeit ausserhalb des Parlaments ist je nach Kommission, in der man Einsitz hat, teilweise sogar verboten. Vom Milizparlament kann da keine Rede mehr sein. Die heutige Grösse des Kantonsrates trägt somit dazu bei, dass der Charakter eines Milizparlaments beibehalten werden kann. Eine Verkleinerung würde das gefährden, eine Entwicklung, die die Geschäftsleitung ganz klar nicht will. Sie lehnt darum die Motion ab und bittet den Rat, das Gleiche zu tun.

Auch die Entgegennahme als Postulat hat die Geschäftsleitung diskutiert, jedoch ebenfalls abgelehnt, wenn auch weniger deutlich als die Motion. Das Hauptargument hierzu war, dass es keinen Grund gibt, dass der Regierungsrat aufwendige Studien und Berichte verfasst, wenn der politische Wille für eine Verkleinerung fehlt.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Es schadet nie, über etwas nachzudenken und auch Bestehendes einmal mit einem Fragezeichen zu versehen. Das ist ein Votum, das ich sinngemäss auch schon von der AL und von anderen Parteien gehört habe. Bestehendes muss nicht immer unverrückbar sein. Nun zur Grösse eines Parlaments: Es ist richtig, wenn gesagt wird, ja, es funktioniert, die verschiedenen Parteien haben ihre Sitze, sozusagen ihren Besitzesstand. Das kann sich wieder verschieben bei Wahlen, aber grundsätzlich kommen alle zum Zug. Aber es schadet doch nicht, das Ganze einmal anzusehen und sich zu fragen: Wie viele Sitze brauchen wir sinnvollerweise in einem Parlament? Brauchen wir nur zehn Parlamentarier, so für jede Partei einen, oder so? Gibt es überhaupt zehn Parteien? Das weiss ich nicht. Aber so kommt man auch nicht weiter. Es wurde bereits erwähnt, Parlamente müssen natürlich regionale Beachtung ermöglichen, müssen auch politische Betrachtungen ermöglichen, verschiedene Parteien, verschiedene Gegenden. Und da kann man mit Fug die Frage stellen, die unser Kollege von der SVP auch stellt: Brauchen wir 180, von denen meistens etwa 15 bis 20 fehlen? Oder genügt es mit einigen weniger. Ich denke, die Frage wirklich einmal aufzunehmen und gründlich anzugehen – was ist notwendig für das Parlament, was ist sinnvoll für das Parlament? – macht Sinn. Ähnliche Fragen tauchen auch bei Exekutiven auf, tauchen auch bei Gerichten auf. Soll ein Gericht mit sieben Personen, mit fünf Personen oder mit drei Personen besetzt sein oder wie der EMRK-Gerichtshof (*Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte*) mit 23 Personen,

was eigentlich nie eine sinnvolle Beratung und ganz selten ein sinnvolles Urteil ermöglicht, das sind zu viele.

Hier würde ich einfach diesem Vorstoss in dem Sinne zustimmen: Überlegen wir uns das. Geben wir die Möglichkeit, dass das Ganze neu betrachtet werden kann. Ich bin dafür, Neues anzusehen und das Bestehende nicht einfach immer als bestehend und unverrückbar zu betrachten. Ihr seht, ich bin ein grundlegend moderner Mensch. Ich danke euch.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 92 : 79 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 119/2022 abzulehnen.**

Das Geschäft ist erledigt.